sind, die die politische Kultur in unserer Gesellschaft gestalten. Nie wieder Krieg, nie wieder Diktatur, nie wieder Totalitarismus bedeutet, sich nicht dem Engagement für die heutige Ordnung zu entziehen, sondern es bedeutet Verantwortung übernehmen. Wir haben die Pflicht zu erinnern, dem Vergessen zu wehren mit den Zeichen, die uns zur Verfügung stehen und nicht das unwichtigste Motiv, das vergessen zu wäre, rührt aus der Erfahrung dieses Jahrhunderts, das zu Ende geht, daß man den Anfängen wehren muß, wenn man eine gute Ordnung behalten will. Herzlichen Dank.

[Beifall]

Vorsitzender Siegfried Vergin: Herr Ministerpräsident Vogel, herzlichen Dank für Ihren in viele Richtungen gehenden Vortrag und Ihre Vorschläge, die Sie uns zur weiteren Debatte gegeben haben. Die Diskussion, die wie vereinbart jetzt beginnt, wird von unserem Kollegen Hartmut Koschyk geleitet. Zeitlich können wir bis 13.15 Uhr gehen, so daß wir fast eine Dreiviertelstunde haben. Ich übergebe jetzt das Wort an Herrn Koschyk.

Gesprächsleiter Abg. Hartmut Koschyk: Herzlichen Dank Herr Vergin, ich möchte gleich die erste Runde aufrufen und würde vorschlagen, daß zunächst Herr Gauck antwortet, weil ja aus der vorigen Runde, noch einige Fragen an ihn mit gestellt worden sind. Für die erste Runde rufe ich auf: Herr Poppe, Herr Professor Maser, Herr Meckel, Herr Professor Faulenbach und Herr Professor Weber.

Abg. Gerd Poppe (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ich kann sehr vielem von dem, was Sie alle hier gesagt haben, zustimmen. Ich möchte aber noch einmal die Frage der Vergleichbarkeit aufwerfen, die vorhin schon kurz angerissen wurde. Mir hat sich der Vergleich zwischen den beiden Diktaturen immer aus mehreren Gründen aufgedrängt. Einmal weil der sogenannte Antifaschismus als Legitimationsgrundlage des SED-Regimes immer wieder vorgeholt und betont wurde. Das System mußte sich an diesem Anspruch messen lassen und infolgedessen drängte sich mir dieser Vergleich immer auf, auch aus biographischen Gründen. Die Frage, die Joachim Gauck seinen Eltern gestellt hat, habe ich auch meinen Eltern gestellt, aber ich habe sie auch deswegen gestellt, weil in meiner Schule und auf den Schulheften und überall das Bild von Stalin viele Jahre lang zu sehen war, und so habe ich auch die Frage nach Hitler gestellt. Ich kann direkt aus den Erfahrungen in meiner Kindheit ableiten, warum wir diese Dinge auch zusammen gedacht haben. Deshalb empfinde ich manchmal die Betonung der Unterschiedlichkeit als etwas übertrieben. Ich glaube, Gedenkstätten sollten wie alle Versuche der Aufarbeitung, egal ob justitiell oder parlamentarisch, ein Ziel haben: das ist das Ziel oder das ist die Aufgabe zu sagen „Nie wieder!“ Man sollte jede Gedenkstätte und jedes Dokumentationszentrum auch daran messen, inwieweit sie einer solchen Feststellung des 'Nie-wieder' gerecht werden, das ist auch eine Aufgabe im Blick auf künftige Generationen. Dazu gehört aber auch – wie vorhin schon von Herrn Faulenbach gesagt – die Erinnerung an die demokratischen Traditionen, an den Widerstand. Diese Aufgabe darf nicht verschwinden hinter der Dar-

stellung der Verbrechen, und man kann die Darstellung der Demokratiebewegung und des Widerstandes auch dazu nutzen, auf die aktuelle politische Problematik hinzuweisen.

Das ist ja nicht nur die Gegenwart der Vergangenheit, wie Sie vorhin zitiert haben, sondern es gibt auch den Begriff der Zukunft der Vergangenheit. Dies haben wir natürlich weiter zu beachten und das ist auch eine Aufgabe von einer europäischen und globalen Dimension. Es wird immer wieder nach der Rolle Deutschlands gefragt: Wie wird sie denn aussehen, die Rolle des wiedervereinigten Deutschlands? Und ich glaube, daß von daher gerade auch einer Gedenkstättenkultur eine erhebliche Rolle zukommt, insofern sie dann tatsächlich an diese europäische globale Aufgabe anknüpfen kann. Deshalb muß schon tatsächlich das Demokratiethema in den Vordergrund gestellt sein.

Ein anderer Punkt, den ich noch erwähnen will: Die individuelle Darstellung ist gerade das Geheimnis am Holocaust-Museum in Washington. Joachim Gauck, – ich habe das nicht zufällig gesehen – durch diesen Raum mit den Fotos müssen alle. Alle anderen Punkte kann man auswählen, da kann man hingehen, den Computer anschalten oder Bilder betrachten, Texte lesen, aber durch den Raum gehen alle. Das ist durchaus konzeptionell so gedacht und ich meine, daß dieser Versuch so geglückt ist, weil es gelungen ist, die individuellen Schicksale darzustellen, und es sollte auch unsere Aufgabe sein, die Verstärkung der Solidarität mit den Opfern und die individuellen Schicksale an solchen Gedenkstätten sichtbar zu machen.

Um noch auf einen letzten Punkt zu kommen, die Stiftungsfrage, die vorhin von Herrn Gauck angesprochen wurde. Hier sollten ebenfalls die authentischen Erfahrungen der unmittelbar beteiligten Zeitzeugen im Vordergrund stehen. Ich bin skeptisch, wenn gesagt wird, man müsse so viel wie möglich unter dieses Dach bringen, von Salzgitter bis Bautzen. Ich befürchte, daß die Intention, die wir mit dieser Stiftung verknüpft haben, nämlich die Unterstützung der individuellen Möglichkeiten der Zeitzeugen in den kleinen Aufarbeitungsinitiativen und in den Opferverbänden, zurückgedrängt würde zugunsten von großen und massiven Einrichtungen, die dann letztlich sowohl inhaltlich als auch finanziell ein Übergewicht erhielten.

Gesprächsleiter Abg. Hartmut Koschyk: Herzlichen Dank Herr Poppe, Herr Kollege Meckel.

Abg. Markus Meckel (SPD): Ja, vielen Dank, ich möchte anknüpfen an die Formulierung von Herrn Gauck mit dem Generationenvertrag, wenn es um die Frage der Aufarbeitung geht und auch der Verantwortung, die wir in diesen beiden Diktaturen und den Opfern gegenüber haben. Ich möchte an dieser Stelle doch aber daran erinnern – und auch das ist von Joachim Gauck deutlich gesagt worden –, daß die Opfer bis heute diejenigen sind, für welche offensichtlich immer noch ungeheure Defizite bei der Rehabilitierung bestehen. Ich denke an Opfer des Nationalsozialismus, bei denen wir noch nach 50 Jahren bis heute vieles nicht bewältigt haben. Auch die deutsch-tschechische Situation

ist ein Beleg dafür, wie auch gegenwärtige Beziehungen zwischen Völkern von versäumten Sich-um-die-Opfer-Kümmern belastet wird. Ich denke an Opfer in der Tschechischen Republik und der Slowakei, oder auch an die in den baltischen Staaten, etwa in Vilnius aus dem jüdischen Ghetto. Herr von Stetten und andere aus dem Deutschen Bundestag bemühen sich redlich immer wieder und es ist ihnen bis heute nicht gelungen, eine befriedigende Lösung zu finden. Ich halte es für wichtig, daß wir hier heute nicht nur sagen: „Wir wollen an die Opfer denken und dies ist die Grundlage!“ – und dann solche Defizite, die seit Jahrzehnten bestehen verschweigen, bei denen wir auch heute nicht die politische Kraft finden, um dem gerecht zu werden. Wenn ich mir die Situation der Opfer der zweiten deutschen Diktatur in Deutschland ansehe, so ist hier wahrhaftig von ebenso großen Defiziten zu sprechen. Was in diesem Jahr an Novellierung herausgekommen ist im Deutschen Bundestag, halte ich für schlechthin skandalös. Ich halte es nicht für akzeptabel und muß das hier an dieser Stelle so deutlich benennen. Wenn der Kanzler zum gestrigen Tag des 9. November auch sagt, wir müssen an die Opfer des Stalinismus denken, und ich mir dann gleichzeitig die Gesetze ansehe, die in diesem Bundestag mit den entsprechenden Mehrheiten eben nicht zustande gekommen sind, dann halte ich es für eine Alibiveranstaltung an solchen Gedenktagen so etwas zu erklären, wenn dem nicht Taten folgen. Ich möchte das an diesem Tage in aller Deutlichkeit aussprechen.

Zum zweiten Punkt: Sie haben, Herr Ministerpräsident, von den Überlegungen und dem Beschluß der Landesregierung gesprochen, auf dem Ettersberg eine Stiftung zu schaffen. Wir sind hoch interessiert daran, von diesen Plänen zu hören. Sie haben vermutlich von unserem Sekretariat den Zwischenbericht zu der von uns geplanten Stiftung zugestellt bekommen. Hier hat es manche Mißverständnisse gegeben. Sie wird keine Dachstiftung, der dann viele Gedenkstätten untergeordnet werden – aber das muß man jetzt nicht im einzelnen darstellen. Mir wäre wichtig, daß es nach unserer Vorstellung Aufgabe einer solchen Bundesstiftung ist, mit den vielen Trägern politischer Bildung und Aufarbeitungsinitiativen zusammenzuarbeiten und ich kann mir durchaus vorstellen, daß eine solche, von Ihnen geplante Stiftung ein ganz wichtiger Partner dieser Bundesstiftung sein könnte. Daß man dies direkt ins Gesetz schreiben sollte, glaube ich nicht. Andere könnten das dann ebenso fordern. Ich finde es jedenfalls sehr verdienstvoll, wenn ein Land eine solche Aufgabe in solchen Dimensionen und mit solcher Klarheit versucht in Angriff zu nehmen und würde mir sehr wünschen, wenn das in Ostdeutschland insgesamt noch stärker der Fall wäre. Denn ich bin mir darüber im klaren, daß Aufarbeitungsfragen immer Minderheitsthemen sind. Das war 1945 so, das ist nach 1989 so und insbesondere in einer Situation, in der die soziale Situation sehr vieler Menschen so ist, daß sie weitgehend mit ihren existentiellen Sorgen zu tun haben. Dann stehen Fragen der Vergangenheit hinten an. Zudem sind Fragen nach eigenem Engagement und nach eigener Anpassung unbequeme Fragen. Hier wird manchmal erst die zweite Generation solche Themen wieder in den Vordergrund schieben.

Salzgitter war angesprochen worden. Wichtig erscheint mir vor allem, daß dieses Material erhalten und zugänglich bleibt und bearbeitet werden muß. Das kann natürlich weiter in Salzgitter geschehen. Ich würde einfach einmal die Überlegung hier in den Raum stellen, die wir uns dann als Kommission noch vielleicht weiterüberlegen sollten. Vielleicht könnte eine Zuordnung zur Stiftung sinnvoll sein. Eventuell wäre es auch gut, diese Archivalien nach Berlin zu schaffen. Ich möchte diesen Gedanken hier zumindest geäußert haben.

Ein letztes, auch in Aufnahme dessen, was Sie, Herr Dr. Vogel, angesprochen haben, zu dieser einen deutschen Geschichte in dieser Spannung von DDR und Bundesrepublik Deutschland. Ich fand, ich weiß nicht wer es gelesen hat, das Buch von Peter Bender sehr gelungen. Er hat dort versucht, mit ungeheurem Kenntnisreichtum beide Staaten in ihrer grundsätzlichen Verschiedenheit, aber auch in ihrem Geprägtsein durch die Nachkriegssituation und durch den Kalten Krieg darzustellen. Eine hochspannende Lektüre und wie ich denke eine ganz wichtige Weise, diese Geschichte gemeinsam zu betrachten. Auch wenn man in manchen Beurteilungsfragen dann anderer Meinung sein kann, glaube ich, daß solche Art Geschichtsschreibung, dieses aufeinander Bezogensein der Geschichte im Nachkriegsdeutschland in beiden deutschen Staaten etwas wäre, das weiter verfolgt werden muß. Vielen Dank.

Gesprächsleiter Abg. Hartmut Koschyk: So, ich nehme jetzt noch Herrn Professor Maser in der ersten Runde dran, dann Herr Gauck und Herr Ministerpräsident Vogel. Herr Professor Maser bitte.

Sv. Prof. Dr. Peter Maser: Herr Ministerpräsident Vogel, Sie haben sich ausführlich zu Buchenwald geäußert und es als natürlich bezeichnet, daß hier von einer Historikerkommission eine „Nachordnung“ der Erinnerung verordnet worden ist. Wir haben über diese Frage ja schon in Buchenwald vor Ort diskutiert vor einiger Zeit. Ich glaube, nach wie vor ist die Nachordnung der Erinnerung an die Opfer der SED-Diktatur bzw. des sowjetischen Gewaltsystems noch keine natürliche. Ich glaube, wenn man nicht von einer Nachordnung gesprochen hätte, sondern davon, daß hier die Aufgabe einer differenzierten Erinnerung auf der Tagesordnung steht, dann wäre man weiter gekommen. Vor allen Dingen wäre man dann vielleicht eben doch zu der Einsicht gekommen, daß jede Diktatur, ganz egal wie kommod die einzelne sein mag, eben doch niemals ohne Lagersystem und Terror auskommt, daß zur Diktatur Mauern, Stacheldraht, Hunde und Schußwaffengebrauch dazugehören. Das Lagersystem ist gleichsam ein Wesensbestandteil der Diktatur. Dann würde aus einem Ort doppelter Erinnerung tatsächlich auch so etwas wie ein Lerneffekt abzuleiten sein. So muß ich jedoch sagen, wirkt die Ausführung des Beschlusses über die Nachordnung der Erinnerung, wie man sie heute in Buchenwald sieht, also z. B. dieser Ausstellungsbunker da am Rande des Geländes, nun eben doch eher wie eine lustlose Pflichtübung. Da gibt es Fragen wie: „Wer findet das da?“ und „Wie sind hier Aufklärung und Gedenken, auch Gedenken an konkrete Menschen zusammengeordnet?“ Auch der Gedenkplatz erscheint mir noch als eine provisorische Lösung. Hier sind also an einem sehr konkreten

Ort nach wie vor, so glaube ich, Fragen offen. Wenn ich – was ich ja nur sehr gelegentlich tun kann – mal in die Thüringer Presselandschaft hinein höre und hineinlese, habe ich den Eindruck, daß die Auseinandersetzungen über das Gedenken in Buchenwald auf verschiedenste Weise immer noch heftig im Gange sind. Aber immerhin zeigt zumindest dies auch, daß es noch nicht gelungen ist, diejenigen, die sich einem demokratischen Erinnern verpflichtet fühlen, auch gegenüber zwei zu differenzierenden Diktaturen so zusammenzubringen, daß dies in einer gemeinsamen und für die Zukunft fruchtbaren Weise geschieht. Ich wäre also für eine zusätzliche Verdeutlichung von Ihrer Seite dankbar, auch wenn ich weiß, daß wir dieses Problem hier gewiß nicht in aller Ausführlichkeit diskutieren können.

Gesprächsleiter Abg. Hartmut Koschyk: So, zunächst Herr Gauck und dann Herr Ministerpräsident Vogel.

Joachim Gauck: Ja, ich möchte zunächst einmal auf den Abgeordneten Poppe eingehen. Mir geht es darum, daß die Aktivitäten, die sich durch einzelne oder Bürgerkomitees gebildet haben, erhalten bleiben, daß die Arbeit getan bleibt. Und meine Sorge besteht darin, daß die aktuellen Konfliktlagen und Konfliktsituationen der Landeshaushalte und des Bundshaushalts so große Probleme machen, daß eben immer weniger Mittel bereit gestellt werden. Das heißt, daß zu den sonstigen Größen, die fördern können, also den politischen Stiftungen oder auch den privaten Stiftungen, daß auf die immer mehr Finanzierungsaufgaben zukommen und daß sich dort die Antragsteller für Projektförderung oder institutionelle Förderung drängeln werden in der Zukunft. Von daher bringe ich dies hier noch einmal ein, diesen Gesichtspunkt, im Grunde so ein Sicherungsgebäude für verschiedene Initiativen zu schaffen. Ich wiederhole das, was ich in meinem Statement gesagt habe: Eine freiheitliche Gesellschaft braucht Freiwilligkeit von Vereinen und Initiativen. Das ist mir Gold wert. Aber wir haben keine besonders gute Tradition der freiwilligen Initiativen, gerade in Ostdeutschland. In Amerika hat man da ein zweihundertjähriges Training und da kann man sich darauf verlassen. Also, das ist denen schnurzegal, was die Regierung da macht. Die Bürger machen ihr Ding und sie haben dazu vielfältige Vereine und Unterstützungslinien und Praktiken entwickelt und eine Fülle an Freiwilligkeit allein bei der Jagd nach Mitteln durchzieht die ganze Gesellschaft. Diese Tradition haben wir nicht. Wenn wir die hätten, würde ich dieses Thema überhaupt hier nicht einbringen. Und ich will hier noch einmal in aller Deutlichkeit sagen: Wir wollen nicht irgend etwas abgreifen – aber das ist hier nur eine Wiederholung. Also nicht nivellieren, sondern sichern. Das war im Grunde mein Wunsch. Ich weiß im Moment nicht genau, wo die Bestände von Salzgitter sind. Hier sind genug Fachleute unter uns, die uns das, glaube ich, beantworten können.

Ich fände das interessant, die Ausziehung der Traditionslinien, also des Erinnerns in dem Bereich des positiven Erinnerns. Das ist hier von verschiedenen angesprochen worden und auch von mir. Es ist wohl schwer machbar, aber es ist den Versuch wert, Professor Faulenbach. Wir haben ja das deutsche Erin-

nern durch das Kyffhäuserdenkmal usw. in prächtige, die Herrschaft verherrlichende Strukturen gebracht und es gab im Grunde ein Vereinsleben im wilhelminischen Deutschland, das die Deutschen dahin brachte, in einer bestimmten Weise zu erinnern. Ich meine, die Vergangenheitspolitik ist wahrscheinlich schon lange da gewesen, ehe es diesen Begriff gab. Nun sehe ich, daß es Ansätze gibt und Sie haben von Gustav Heinemanns Tip gesprochen, Rastatt zu einem Dokumentationsort zu machen. Wenn man heute nach Rastatt geht, ist man doch eher betroffen. Das ist doch eher ein kümmerliches Freiheitsmuseum. Das ist aber ein Symbol für die kümmerliche Existenz des Begriffes Freiheit im deutschen politischen Bewußtsein, so ist das. Dieses Land ist stolz, so lange es Geld hat und dieses Geld ausgeben kann, und es verliert seinen Stolz, wenn es dies nicht mehr in dem Umfang tun kann. Und es braucht eine Rückbesinnung auf die diese Gesellschaft konstituierenden Werte und das ist zuallererst die Freiheit. Die Ostdeutschen haben 1989 einen ganz starken Impuls eingebracht und sind jetzt aber im Grunde genommen bei ihrem sehnsüchtigen Marsch durch die Niederungen der Nostalgie wieder daran, nach der Gleichheit zu schielen und diese große Freiheit unter Wert zu achten. Und da müßte sich noch anknüpfen lassen, an jene Aktivitäten, die es in Südwestdeutschland etwa gibt. Dort gibt es eine lebendige Vereinstruktur, die wir natürlich im Osten so nicht haben, ich komme noch auf den Osten, wo Leute '1848' erinnern und feiern. Also das ist ganz interessant, daß in dem konservativ durchmischten deutschen Südwesten ganz fröhliche Freiheitsfeste geplant und veranstaltet werden. In Erinnerung an den Zug von Häcker und anderen Leuten in der 1848er Zeit. Also das geht, man kann so etwas machen, man muß bloß überlegen, kann man so etwas institutionalisieren.

Nun zu den Ostdeutschen: sie haben natürlich kleine Gruppen von Aktivisten, die es gerade in den Zentren, aber manchmal auch in den kleinen Städten gibt. Die sind relativ allein gelassen. Das hängt jetzt mit der Minderheitensituation und der Rezeption von Minderheiten nach dem Systemumbruch zusammen, worüber ich vorhin sprach. Und da gibt es nicht so eine tragende, kräftige Vereins- und Freiwilligenstruktur, die als Frucht langer Demokratie doch da ist und das braucht eine gewisse Unterstützung.

Wie das nun zu machen ist, das weiß ich nicht, aber das wollte ich wenigstens hier noch anfügen. Leider ist Herr von Dohnanyi nicht mehr da, aber ich nehme an, daß heute Nachmittag auch noch dazu gesprochen wird. Aber er hat es ja nicht mit den Topographien. Ja freilich, Familien mit einer solchen Familientradition wie die seine bedürfen dieser Dinge nicht, und vielleicht sensible Zeitgenossen auch nicht. Aber das werden ja immer weniger. Wenn wir diese Art von innerer Einkehr nicht organisieren können, und das kann eine Gesellschaft eben schlecht, dann muß man Räume schaffen, wo diese Dimension mit reinschwimmen kann, aber wo wir nebenbei einfach informieren können. Das Element der Anschaulichkeit ist bei einer Generation, die weniger Bücher liest und weniger meditiert, sondern mehr anschaut und Bilder sucht, ein wichtiges pädagogisches Erfordernis. Und deshalb sollten wir bei allem Wert einer so gefühlten Strategie sich der Vergangenheit zu nähern, wie wir es heute vorge-

tragen bekommen haben, nicht das Kind mit dem Bade ausschütten, sondern diese Orte sichern und die Chance der Wiederbegegnung an diesen Orten nutzen. Danke.

Gesprächsleiter Abg. Hartmut Koschyk: Herr Ministerpräsident Vogel.

Ministerpräsident Dr. Bernhard Vogel: Ich soll zwar auf Herrn Meckel und Herrn Professor Maser antworten, aber gestatten Sie die eine Bemerkung. Herr Gauck, ich kenne zwar Rastatt nicht aktuell, ich war lange nicht mehr dort, aber ich habe sehr viel zu tun gehabt mit Hambach und habe sehr viel zu tun mit der Wartburg. Das sind wirklich von Hunderttausenden besuchte Stätten deutscher Geschichte von Bedeutung und was noch erfreulicher ist, wer alles Wert darauf legt, seine eigenen Gedenktage auf einen dieser beiden Orte zu feiern. Da ist von auch von den Folgen der finanziellen Schwierigkeiten nichts zu spüren. Gut, bei der Wartburg, aber das ist ja auch ein Gedenktag, da kommt Luther noch mit dazu und die Elisabeth, aber die beiden Stätten sind, glaube ich, wirklich Gedenkstätten, die beim Volk angekommen sind, wenn ich das einmal so sagen darf. Herr Meckel, weil nirgendwo sonst ein Konzentrationslager so nah bei einem Zentrum der deutschen Kultur liegt, wie in Weimar, weil es von Goethes Wohnhaus nach Buchenwald 7 Kilometer sind, und weil nirgendwo sonst in dieser Art jedenfalls auf Buchenwald I Buchenwald II folgte, bin ich persönlich der Meinung, da muß was geschehen. Zumal noch der Goethe mit dem Eckermann genau dort spazieren gegangen ist, wo dann später „Jedem das Seine“ über dem Tor stand. Die Bäume stehen noch aus der Zeit. Da muß etwas geschehen, auch weil wir 1999 die Welt in Weimar als Kulturhauptstadt Europas zu Gast haben, weil Goethe 250 Jahre geboren ist, weil die Weimarer Verfassung 80 Jahre alt ist, weil das Grundgesetz 50 Jahre alt ist und die Wiedervereinigung dann 10 Jahre andauert. Und bei jedem Besuch, und die ganze Welt kommt halt nach Weimar, ist das eine schreckliche Geschichte. Die Freude über den Besuch findet in Weimar statt, und bevor der Tag angeht oder bevor er aufhört, wird auch nach Buchenwald gefahren. Es muß irgendwie deutlich gemacht werden und es ist sehr, sehr schwer, daß das nicht zwei Teile sind, die gar nichts miteinander zu tun haben. Das ist mein eigentliches Ziel auf dem Ettersberg, das Schloß heißt Ettersburg, aber auf dem Ettersberg muß ein Zeichen sein, daß wir begriffen haben, daß da etwas unbegreifliches geschehen ist und es dürfen nicht nur die Erinnerungen an das Konzentrationslager sein, sondern das muß etwas weiter weisen. Das ist der Gedanke, den eigentlich ja nicht ich entwickelt habe, sondern der Jorge Semprun.

Meine Bitte ist: wir werden das Konzept den Mitgliedern der Enquete-Kommission zugänglich machen und wir können darüber sprechen, das muß ja nicht jetzt sein. In ihrem Zwischenbericht, den ich gelesen habe, sind wichtige Punkte und mir geht es nur darum, daß bei der Formulierung Ihres Gesetzes nicht wir da mit reinformuliert werden, ich kenne die Zielsetzung von Ihnen, aber daß da so formuliert wird, daß Kooperationen möglich werden. Verstehen

Sie, darum geht es mir bei der Geschichte, daß es zwei getrennte Stiftungen sind, aber Kooperationsformen müssen nach dem Gesetz möglich sein.

Herr Professor Maser, Nachordnung der Erinnerung. Wissen Sie, ich habe ja schon ein bißchen was in den letzten 20 Jahren erlebt, aber das Maß an Sensibilität, das Sie brauchen, um mit Menschen, die in Buchenwald bis 1945 und mit Menschen, die in Buchenwald nach 1945 waren, übersteigt das. Wir haben es gelegentlich bei bestimmten Anlässen sehr leicht, möchte man sagen. Aber eine Gleichordnung ist wirklich nicht möglich. Nein, ich muß Ihnen sagen, da sind zumindest noch auf lange Zeit Befindlichkeiten und Empfindsamkeiten vorhanden, die das nicht möglich machen, daß das zusammengeht. Und das ist natürlich richtig, jede Diktatur hat Opfer und Opfer darf man nicht bewerten. Man darf nicht zählen, daß es in Buchenwald I 56.000 und in Buchenwald II nur 7.000 Tote gab, das macht die Sache ja nur noch schlimmer. Aber eines, Herr Professor Maser ist ja nun nicht zu leugnen. Ohne Buchenwald I hätte es Buchenwald II in Buchenwald nicht gegeben. Wenn es Buchenwald I nicht gegeben hätte, wenn der Krieg nicht geführt worden wäre, wenn der Nationalsozialismus, Krieg lasse ich einmal zur Seite, nicht die Herrschaft über uns erungen hätte, dann hätte es Buchenwald II nicht gegeben. Sie müssen bitte sehen, es ist ein Gedenken an lebende Menschen. Sie haben angespielt auf diese sehr vorläufige Anbringung von Kreuzen und dergleichen über dieser Straße dort. Nur jeder, der sich damit befaßt hat, weiß doch, in Buchenwald II und das macht die Sache schlimmer und schwieriger, waren Täter und Opfer nebeneinander. In Buchenwald II ist der nationalsozialistische Oberbürgermeister von Weimar, der das alles wußte, und in Buchenwald II sind 17jährige Schüler umgekommen, von denen angeblich behauptet wurde, sie hätten etwas mit dem Werwolf zu tun gehabt, was nicht stimmte. Sie wissen ja wahrscheinlich, die Verfügung, Buchenwald II zu schließen, war verbunden mit der Verfügung, es müßten alle, die noch dort sein, vorher bestraft werden, weil sonst keine Begründung da wäre, warum sie dort gewesen sein. Nur ist auch richtig, daß die Jugendlichen, denen man den Werwolf vorgeworfen hat, natürlich in viel größerer Zahl heute noch leben, als die, die damals im Alter des Oberbürgermeisters waren. Auch dies entschuldigt nicht, daß man darüber sprechen muß, natürlich muß man darüber sprechen, aber es macht es noch schwieriger. Aus diesem Grund, die Meinung muß man nicht teilen, aber ich muß Ihnen antworten, weil Sie danach gefragt haben, rangiert für mich die Verpflichtung, zu zeigen, was war, noch über dem Wunsch, daß das in irgendeinem letztlich gemeinsamen Gedenken an Opfer von Krieg und Gewaltherrschaft enden könnte. Dies geht nicht zur Zeit. Und ich muß das akzeptieren, wenn ich respektieren muß, daß jeder das Recht hat, an seine Opfer zu gedenken, bzw. selbst ja noch lebendes Opfer zu sein, alte Herrschaften selbstverständlich, aber das ändert ja gar nichts an der Problematik rundrum. Nehmen Sie mir bitte nicht übel, daß ich von einer Nachordnung spreche und dann noch das Dritte hineinnehme, was mir auch wichtig scheint, die Darstellung, wie man eine Geschichte umschreiben kann. Ich finde, es ist ein Fortschritt, daß wir solche Darstellungen nicht wie früher einfach wegräumen, sondern daß wir sie

bestehen lassen und erläutern. Es soll auch die Nachwelt noch wissen, daß es nicht erlaubt war zu sagen, daß in Buchenwald auch Juden umgekommen sind, das hat aber auch mit Israel zu tun. Das soll erhalten bleiben und nicht einfach weggeräumt werden und ich glaube, das ist sehr wichtig. Es mag sein, daß Sie das nicht ganz befriedigt. Ich hoffe, deutlich gemacht zu haben, mich befriedigt es auch nicht, aber es ist ehrlich, zu sagen, daß hier eine Nachordnung geschehen muß. Ich mache nur darauf aufmerksam, die Täter sind verantwortlich, daß wir uns so schwer damit tun, nicht wir.

Gesprächsleiter Abg. Hartmut Koschyk: Herzlichen Dank. Ich habe jetzt noch Herrn Professor Faulenbach, Herrn Professor Weber, Herrn Professor Mocek und Frau Gleicke. Ich habe allerdings die Bitte, daß Sie sich möglichst so fassen, damit es beiden Herren noch möglich ist, darauf zu antworten. Insgesamt haben wir noch 5 Minuten.

Sv. Prof. Dr. Bernd Faulenbach: Erstens, zunächst zu Herrn Gauck. Ich würde gerne noch einmal ganz kurz auf die Frage der Vergleichbarkeit zurückkommen. Meine Frage wäre nur die, ob wir, wenn wir immer in Analogiezwängen bei der Aufarbeitung der beiden Vergangenheiten reden, ob wir dann nicht eventuell Gefahr laufen, die Spezifika der jeweiligen Vergangenheiten, die womöglich auch spezifische Aufarbeitungsformen benötigen, zudecken könnten. Selbstverständlich ist der politikwissenschaftliche Vergleich legitim, der auch Gemeinsamkeiten und Unterschiede zeigt, wobei man übrigens dann genau sagen muß, was man vergleichen will und ähnliche Dinge mehr. Aber im übrigen wäre natürlich auch wichtig, welche Systeme wollen wir vergleichen? Zum NS-Deutschland würde der Vergleich zunächst einmal die stalinistische Sowjetunion sein, dann in zweiter Linie erst das SED-System. Vielleicht ist es auch fruchtbarer, die Frage der Kontinuität und Diskontinuität von NS-System zu SED-System oder im Hinblick auf Ost- und Westdeutschland zu diskutieren, die ja dann in mancher Beziehung vielleicht auch einige neue Fragen wieder zuläßt. Dies nur eine Bemerkung zu der Frage der beiden Vergangenheiten. Zweite Bemerkung, Prozeß der Aufarbeitung. Ich fand das sehr gut, wie Sie die Dinge klargestellt haben, Aufklärung über Vergangenheit, Tatbestände sichern usw., aber wir müßten doch auch zumindest Empathie mit Opfern zu ermöglichen versuchen, so würde ich das sagen. Wir können nichts erzwingen, aber dies ermöglichen, das könnte ein Weg sein, im übrigen aber öffentliche Diskurse über Hintergründe anregen, ist in diesem Zusammenhang für mich auch wichtig. Dritte Bemerkung. mir ist das noch nicht ganz deutlich geworden, was Sie mit dem Stiftungsdach da vorhin gemeint haben. Es waren vergleichsweise konkrete Ausführungen. Die Stiftung, die die Kommission hier vorgetragen hat, hat ja nicht so eine große Dachfunktion, sondern sehr viel konkretere Aufgaben, die in unserem Zwischenbericht geschrieben sind. Also für Bautzen, Marienborn usw. gibt es ja andere Rechtsformen. Wollen Sie die alle zusammenfassen? Vielleicht können Sie das noch einmal klären, was sie eigentlich in dem Zusammenhang anstreben. Dann zu Herrn Ministerpräsidenten Vogel: Herr Vogel, ich möchte noch einmal die Frage mit den verschiedenen Traditionen ganz kurz ansprechen, das ist ja eine Ihrer Kernfragen.

Sie sagen, wir wollen uns mit Diktaturerfahrung auseinandersetzen, Widerstandserfahrung, aber daneben auch demokratische Freiheitstradition vergegenwärtigen. Nun gibt es natürlich auch Dinge, die sich nicht ganz in diese Polarität einfügen, mit denen müssen wir auch umgehen, ich nenne einmal ein Beispiel. Die Koalition hat jetzt eine Bismarckstiftung eingerichtet und sie hat die Bismarckstiftung in eine Reihe gestellt, mit der Bundeskanzler Adenauer-Stiftung, mit der Reichspräsident Friedrich-Ebert-Stiftung, mit der Willy-Brandt-Stiftung und der Heuss-Stiftung. Da hätte ich nun meine Zweifel, ob der Bismarck in die Reihe gehört oder ist das der Versuch gleichsam, sowas wie zu einem allgemeineren Erbebegriff oder sowas überzugehen, was dann ja zumindest doch reflektiert werden müßte. Also da hätte ich Schwierigkeiten, wie in ein solches Schema dann der Bismarck da hineingehört. Vielleicht könnten Sie dazu Ihrerseits einmal Stellung nehmen, wie der dazu paßt, das hat mich immer einmal interessiert, dies genauer von Ihnen zu hören. Dann zweite Bemerkung zum Ettersberg, vielleicht daß Sie doch noch andeuten, was Sie anstreben. Streben Sie eine Akademie dort an, oder streben Sie gleichsam so etwas wie ein Kolleg an, mit Fellows, die über Vergangenheit reflektieren können? Also vielleicht könnten sie dieses Modell ein bißchen erläutern. Wenn ich Sie richtig verstanden habe, geht es um Diktaturerfahrung und es geht um die europäische Ebene, so habe ich Sie jedenfalls seinerzeit in Thüringen neu-lich verstanden. Aber ein paar Dinge, wir sind da sehr neugierig, wüßten wir gerne noch dazu.

Gesprächsleiter Abg. Hartmut Koschyk: Herr Professor Weber.

Sv. Prof. Dr. Hermann Weber: Nach meinem Freund Faulenbach dran zu kommen, ist fast eine Katastrophe. Nicht nur weil er bereits wichtige Dinge sagte, sondern es auch so lang macht, da muß man sich kurz halten. Ich kann Herrn Ministerpräsident Vogel zwei Dinge noch einmal fragen. Das eine ist im wesentlichen angesprochen, ich will es noch etwas verschärfen. Wir haben in Deutschland nicht nur Schwierigkeiten mit unserer demokratischen Tradition. Wir müssen diese meist auf Widerstand zurückführen, weil außer der 1989er Revolution keine Revolution erfolgreich war, von den Bauernkriegen angefangen, 1848 usw. Das bringt die Frage, ob diese Bismarcknostalgie nun ein Gegentrend gegen das ist, was wir eigentlich wollen. So habe ich Sie auch verstanden. Nämlich diese demokratische Widerstandstradition stärker herauszustellen. Noch einmal zu der „Nachordnung“. Ich muß sagen, ich bin in dieses wissenschaftliche Gremium in Buchenwald hereingekommen, da war das längst beschlossen, sonst hätte ich auch meine Bedenken gehabt. Das Leid der Opfer ist das gleiche in beiden Lagern. Daß ein solches Terrorsystem überhaupt existiert, ist ähnlich. Also Nachordnung könnte sich da nur – und dieses 'nur' ist dann sehr viel – darauf beziehen, was Sie dankenswerterweise auch gesagt haben: ohne den Nationalsozialismus hätten wir die Russen nicht hier gehabt, wir hätten auch das Speziallager nicht gehabt. Diese Abfolge kann man ja nicht genug betonen, weil das manchmal auch weggedrückt wird. Also wenn Sie es so verstehen, dann glaube ich, kann man das einsehen. Ich fürchte nur, es wird nicht von allen so gesehen. Bei dieser Beurteilung des Vergleiches gibt

es, je nachdem was ich stärker heraushebe, die Gleichheit oder die Unterschiede, natürlich dann auch verschiedene Einschätzungen.

Gesprächsleiter Abg. Hartmut Koschyk: Herzlichen Dank. Herr Professor Mocek.

Sv. Prof. Dr. Reinhard Mocek: Ich möchte nicht über Bismarck nachfragen, aber eine Reflexion sei gestattet. Die drei beeindruckenden Vorträge sind vor dem Hintergrund einer Partei, die am härtesten von dieser Thematik betroffen ist, nicht so ohne weiteres mit dem ganz klaren Ja, mit dem ganz klaren Nein ohne Emotion zu bewerten. Ein Satz geht mir nicht aus dem Kopf. Ich zitiere ihn: „Betroffen und nachdenklich angesichts der Irrtümer, Fehler und Verbrechen, die im Namen des Sozialismus begangen wurden, fragen wir kritisch im Bewußtsein unserer eigenen Verantwortung für die Stellung der sozialistischen Idee unsere geistige und politische Tradition.“ So steht es im Parteiprogramm der PDS. Und wie marginal ist das, was aus dieser Verpflichtung bislang resultiert? Das ist für mich ein echtes, ein tiefes, ein grundlegendes Problem, nicht nur für mich persönlich, denn ich mache jetzt hier eigentlich kein Sachverständigen-Statement, sondern das ist eine Abgeordneten-Problematik, sich da hineinzuwenden. Der zuständige Abgeordnete der PDS ist jetzt nicht hier. Also vor allem für die dieser Demokratie verpflichteten Parteien, das möchte ich ohne wenn und aber sagen, ist dieses Aufarbeiten, dieses „Nie wieder!“ in meinen Augen eine Selbstverständlichkeit oder sollte eine solche sein. Wenn 1996 dann ein anderes PDS-Organ, also vor einem Jahr, sagt, daß die Aufgabe der PDS nicht die Rechtfertigung inhumaner undemokratischer Strukturen in der DDR ist, dann heißt das eben, daß 1993 und 1996 eine Menge an Zeit verfließen ist und großer Nachholbedarf mit Blick auf die eigene Verpflichtung besteht. Im Grunde genommen ist das der Punkt, den ich vorhin zitiert habe. Dies ist nicht zu einer Sache, einer Angelegenheit aller geworden und das finde ich auch an diesem Orte und im Zusammenhang mit diesen Reflexionen ein bedenkenswerte und auch für diese Partei wichtige politisch-moralische Frage.

An Herrn Gauck noch eine Bemerkung: Erinnerung ist tausendfältig. Es gibt nicht nur die eine. Ich bin nicht nach Buchenwald gefahren, weil das damals verordnet war. Ich glaube, Sie hatten das vorhin gesagt. Wobei ich überhaupt nicht in Abrede stelle, daß das in großen Teilen so auch gewesen ist und man eben dahin fuhr, weil es irgendwie einmal in dem Gewerkschaftsplan oder in anderen solchen Vorhaben gestanden hat. Aber was das Schlimme eigentlich dabei war: die Wissenserinnerung war selektiert und die Herzenserinnerung auf ganz andere gerichtet, auf die, die in diesem Staat durch ihre biographische Tradition so etwas wie einen unverbrüchlichen Zusammenhang mit den besten und größten Tradition des deutschen Volkes symbolisierten. Die Herzenserinnerung galt also nicht den Opfern; und das war meiner Ansicht nach die eigentlich schlimmste Perversion dieser gesamten Erinnerungskultur. Danke.

Gesprächsleiter Abg. Hartmut Koschyk: Frau Kollegin Gleicke.

Abg. Iris Gleicke (SPD): Herr Gauck sprach vorhin von der Anschauung als Erfordernis und ich stimme ihm zu, gerade auch für mich als einer etwas jüngeren, die also zum Beispiel an die innerdeutsche Grenze nie geraten ist. Auch wenn ich daran denke, was einmal auf meinen Sohn zukommt, also wie bringe ich einmal meinem Sohn DDR-Vergangenheit bei, der 1989 zwei Jahre alt war, das ist alles ein bißchen schwierig und genau da will ich hin, Herr Ministerpräsident Dr. Vogel, genau an den Point Alpha will ich. Sie haben dargestellt, wie sehr sich das Land Thüringen engagiert für Gedenkstätten. Sie sprachen von Mödlareuth, das in bayrische Richtung liegt, Sie sprachen auch von Point Alpha, das in Richtung Hessen liegt. Also wir haben eine ganze Menge dieser Gedenkstätten, und die längste Grenze der alten DDR zur Bundesrepublik Deutschland an die verschiedenen Bundesländer grenzend erfordert eine ganze Menge Geld. Jetzt frage ich ganz einfach etwas praktisch und spitz und damit auch in Richtung aller Kolleginnen und Kollegen in dieser Kommission: während man sich immer am 17. Juni vor 1990 an solchen Punkten von der Westseite her die Klinke in die Hand gab, um das Gedenken möglich zu machen, ist heute die Frage der Mitfinanzierung solcher Grenz Museen sehr schwierig. Ich frage den Ministerpräsidenten des Freistaates Thüringen: Erwarten Sie sich mehr Engagement auch von den Kollegen aus den alten Bundesländern, denn Sie sprachen von der gemeinsamen deutschen Geschichte? Ich schließe mich dem ausdrücklich an, erhoffen Sie auch von dieser Kommission vielleicht ein gewisses Engagement in die Richtung der Ministerpräsidenten? Denn es ist nicht nur unsere Grenze gewesen, sondern es war eben auch die Grenze der Deutschen auf der anderen Seite. Danke.

Gesprächsleiter Abg. Hartmut Koschyk: Herzlichen Dank. Herr Ministerpräsident Vogel.

Ministerpräsident Dr. Bernhard Vogel: Herr Professor Faulenbach, also Sie haben ganz Recht, nicht nur die Diktaturen, sondern auch die Freiheitstraditionen sind zu erinnern. Wenn wir die Diktaturen des 20. Jahrhunderts in Deutschland und in Europa betrachten, können wir immerhin drei Jahre vor Ende dieses Jahrhunderts sagen, daß alle Freiheitstraditionen überlebt haben. Deswegen scheint mir der Gedanke, auf Schloß Ettersburg nicht nur die Diktaturen, sondern auch ihre jeweiligen Ende zu erforschen, produktiv, übrigens auch im Hinblick auf Diktaturen, die es anderswo in der Welt ja noch gibt, aber in Europa jedenfalls, wenn wir einmal großzügig sind, nicht.

Bismarck würde ich als Bismarck sehen. Es ist gar keine Frage, da brauche ich ja hier keinen Vortrag darüber zu halten, daß Bismarck eine der wesentlichsten Gestalten des Deutschen Reichs nach 1870 gewesen ist und daß er sehr vieles auf den Weg gebracht hat, wovon wir heute noch leben, wie z. B. die Sozialgesetzgebung. Aber er hat nun weiß Gott keine Freiheitstradition begründet. Er hat immerhin eine Rechtstradition gegründet, das schon. Aber auf die Idee, ihn in die Reihenfolge der von Ihnen genannten Personen wie Heuss und sonstigen Stiftungen hinsichtlich der Freiheitstradition zu setzen, würde ich nicht kommen. Aber auf die Idee, daß man ihn und sein Erbe und seine Bedeutung, weil

sie ganz herausragend sind, auch schützen muß, kann man kommen. Aber zwei Stiftungen müssen ja nicht das gleiche wollen. Und in der Tat kann ich nicht, nur weil es eine Heuss-, Adenauer- und Brandt-Stiftung gibt, und es kommen ja vielleicht noch ein paar, aus dem Bismarck einen frühen Theodor Heuss machen. Das geht natürlich nicht. Zur Inflation an Bismarckbiographien: gerade die Bismarckbiographien, die diesen Herbst erschienen sind, zeigen ja die Vielschichtigkeit des Problems, denn jede ist total anders, aber das ist nicht Gegenstand hier.

Ettersburg, europäische Ebene, will ich ausdrücklich noch einmal betonen. Der Gedanke ist, allen Diktaturen im Europa des 20. Jahrhundert nachzugehen, wobei ich betone, nur Deutschland hatte zwei. Das brauchen wir ja nun nicht als Verdienst mit uns herumtragen und deswegen dürfen wir ja wohl nicht übersehen, daß es das Phänomen der Diktaturen im 20. Jahrhundert in Europa vielschichtig gegeben hat. Das, was ich jetzt sage, sollte möglichst kein Deutscher sagen, sondern ein Franzose oder ein Italiener: Wir dürfen die Diktaturen und ihre Helfershelfer und Franco und Mussolini nicht völlig übersehen, nur weil sie nicht so grausam waren wie die nationalsozialistische. Deswegen europäisch und ich möchte gerne, daß das auf Ettersburg von vornherein eine europäische Dimension in der Fragestellung hat und nicht nur eine deutsche. Es kann auch mal getagt werden, aber es soll vor allem geforscht werden. Ich würde Ihnen gerne das einmal ein bißchen detaillierter darlegen, als das jetzt nach dreimaliger Verlängerung geht, aber das ist die Richtung. Frau Gleicke, natürlich beantworte ich die Frage, erwarten Sie mehr Engagement auch von den westdeutschen Kollegen, mit einem klaren Ja. Ich füge aber hinzu, nicht mit einem jammernden Ja, sondern mit einem hinweisenden Ja. Und dieses Ja besteht darin: wir müssen, in welcher Weise auch immer, der Erhaltung der Möglichkeit, Ihrem Enkel sogar noch zu zeigen, zu was Menschen fähig sind, Aufmerksamkeit schenken. Da gehört eben Mödlareuth dazu. Ein Dorf von 160 Einwohnern, wo die Grenze durch die Straße ging und der eine Bruder da und der andere Bruder dort wohnte. Zur Beerdigung mußte man – in der schon liberalisierten Zeit – erst von München nach Berlin und dann nach Mödlareuth. Dann konnte der Bruder unter Umständen, wenn es sehr großzügig zuging, auf der anderen Straßenseite seinen Bruder beerdigen, das ist vorgefallen dort. Dieses Mödlareuth muß erhalten bleiben in seiner ganzen Unsinnigkeit und auch der Point Alpha. Wobei es mir jetzt vor dieser hohen Kommission nicht darum geht, einzelne Orte unbedingt zu benennen, sondern nur zu sagen, es wächst Gott sei Dank über den Grenzstreifen in einem Ausmaß Gras im wörtlichen Sinn, daß schon in 10 Jahren kein Mensch mehr versteht, was wir ihm sagen, wenn wir ihm sagen, da sei geschossen worden. Dagegen muß etwas geschehen, hier in Berlin natürlich, das ist ja gar keine Frage, aber eben auch unterwegs auf den 750 Kilometern muß es ein paar solcher Punkte geben, damit das sichtbar gemacht wird, oder damit das sichtbar ist. Und da bitte ich gar nicht und jammere nicht, kürzt uns die Mittel nicht, sondern einfach, nehmt das bitte wahr, daß das ist. Der 17. Juni, an dem man eine Stunde Feier machte, an die Schwestern und Brüder aus dem Osten dachte, und auf dem Heim-

weg fragte, wie man die Zonenrandzuschüsse verwertet, gibt es nicht mehr. Sondern jetzt gibt es den Ärger, daß der Zuschuß in Sonneberg höher ist, als in Coburg, und daß das eigentlich ganz unerhört sei, daß es die Zonenrandförderung nicht gäbe. Und so ganz unberechtigt ist das ja nicht, weil natürlich auch Coburg bis heute darunter leidet, plötzlich Grenzstadt gewesen zu sein.

Gesprächsleiter Abg. Hartmut Koschyk: Herr Gauck.

Joachim Gauck: Danke. Zur Frage von Herrn Professor Faulenbach. Ich habe zurückgegriffen auf ein paar Überlegungen, die ich im Frühjahr, als die Enquete-Kommission sich noch nicht so festgelegt hatte, gemacht hatte. Diese verschiedenen Aufarbeitungseinrichtungen, die entweder ganz aus öffentlichen Haushalten finanziert werden oder ohne Zuschüsse jedenfalls nicht arbeitsfähig wären, irgendwie gesichert werden müssen. Und mir erschien, und so habe ich das damals formuliert, daß wir künftig solche Zuschüsse brauchen. Aufbau und Erhalt solcher Gedenkstätten ist aber eine Aufgabe von nationaler Bedeutung, deshalb sollen sie auch durch Unterstützung öffentlicher Stellen dauerhaft gesichert werden. Es bietet sich an, den für solche Vorhaben vorgesehenen Finanzierungsschlüssel 50 % Bund – 50 % Mittel der Bundesländer zugrunde zu legen. Doch gerade für Berlin sollte der Bund doch bereit sein wegen der nationalen Bedeutung der Elemente, die hier zu sichern wären, entsprechend höhere Beiträge aufzubringen. Deshalb habe ich damals gemeint, daß möglicherweise so ein Gedanke einer Topographie des zweiten Terrors an dieses von der Enquete-Kommission angedachte Modell heranzubringen sei. Daß man diesen Versuch, den die Enquete-Kommission etwas genauer definiert hat, unternimmt, und bestimmte Dinge, die man wirklich, auch mit öffentlichen Mitteln erhalten wissen möchte, einmal zusammendenkt. Ich will ja nicht sagen, das muß so sein, aber man muß jetzt das noch einmal überlegen. Das mit den öffentlichen Kassen wird ja nicht besser und deshalb müßte man so lange die Enquete-Kommission besteht und diesem Parlament mit einem so starken Willen die Aufarbeitung so wichtig ist, jetzt die Weichen stellen. Egal ob und wann und in welcher Weise man solche Stiftungsideen größer oder kleiner verwirklicht. Übrigens bin ich auch mit solchen Ideen, und Professor Wilke oder andere auch, im Kanzleramt vorstellig geworden. Ich habe gesagt, nun, was ist jetzt, soll das nun jetzt alles zerlaufen, oder ist das nicht eine Aufgabe von erheblichen Dimensionen?

Ich will aber noch ganz kurz zu Professor Mocek Stellung nehmen, weil es mich wirklich überrascht hat. Wir haben ja offensichtlich doch sehr unterschiedliche Lebenswege, obwohl wir wahrscheinlich ähnlich alt sind, ich dürfte nur wenig älter sein als er. Ich hätte es nie für möglich gehalten, daß er es sich hätte leisten können, nicht nach Buchenwald zu gehen. Ich bin aus den von Ihnen genannten Gründen natürlich nicht da gewesen und heute, nachdem also dies nicht mehr zum Teil auch Herrschaftsarchitektur ist, heute gehe ich da hin. Ich bin auch nach Treptow gegangen, nachdem das dann alles ein bißchen anders geworden war. Vorher hielt ich das nicht für so wichtig. Das interessiert mich, das zu hören, wie es Ihnen gegangen ist. Und mich bewegt auch,

daß Sie aus Ihren Parteidokumenten zitiert haben, daß Aufarbeitung bei einer Partei, die sich neu definierte, höchst defizitär ist zur Zeit. Ich bin sehr dankbar, daß nicht immer nur ich das sage, sondern das Sie das sagen.

Ich muß noch zu Frau Gleicke etwas sagen, obwohl ich gar nicht angesprochen bin. Frau Gleicke, ich weite das aus, was Sie wollen. Ich finde das eine sehr interessante Frage, wer finanziert in Deutschland was. Und wir fragen ja bei dem, was sich diese Kommission zum Thema gesetzt hat: Wie sichern wir für die Bewußtmachung der Werte und Inhalte der Demokratie die Erfahrungen, die wir in der Vergangenheit gemacht haben? Und dann ist es eben wichtig, daß wir begreifen: zur demokratischen Erinnerungskultur gehört das Wissen. Und die Demokratiegeschichte der ganzen Nation wurde auch im Osten geschrieben und darum müssen Bund und Länder das als einen nationalen Identitätsgewinn sehen. Es ist ein nationaler Gewinn, daß wir im Osten alle Freiheitstraditionen erneuert haben, die nur sehr spärlich 1848 in Südwestdeutschland usw. geflossen sind. Es gibt authentische Verbindungen des deutschen revolutionären Südwestens des vorigen Jahrhunderts zu den Revolutionären, die es noch nicht sein konnten, aber gerne wollten, vom 17. Juni 1953 und denen von 1989. Das gehört in die gesamtdeutsche Freiheits- und Demokratietradition hinein und darum können nicht ein paar Kommunen an der Grenze oder diese verarmten östlichen Bundesländer dies alleine tun. Sondern es müssen die, denen die Traditionsbildung der freiheitlichen Demokratie am Herzen liegt, hier eine gemeinsame kulturelle Aufgabe erblicken. Das wollte ich noch einmal sagen.

Vorsitzender Siegfried Vergin: Ich danke Ihnen beiden, daß Sie, ich glaube einen sehr, sehr nachdenklich machenden, aber auch wegweisenden, bedenkenswert erscheinenden Vormittag mitgestaltet haben, der für die Berichterstattergruppe Gedenkstätten der Kommission wichtige Hinweise gegeben hat. Zum Verfahren selbst will ich nur Sie beide darüber informieren: wir werden nun, nachdem wir heute die letzte öffentliche Anhörung für die Gedenkstätten haben, an die Hausarbeiten im Stillen gehen, um dann einen Bericht über dieses Thema der demokratischen Erinnerungskultur und die Stellung der Gedenkstätten zu erarbeiten, zu formulieren – hoffentlich in großer Übereinstimmung. Es gibt nur ein Thema, das diese Übereinstimmung immer wieder in Gefahr bringt und das ist die Finanzierung. Da werden wir auf einmal dann Opposition und Koalition; für alle, die in der Politik sind, völlig normal. Aber ich hoffe, daß wir trotzdem einen wichtigen Beitrag zu dem leisten werden, was heute hier von den Grundsätzen her gesagt wurde. Herzlichen Dank, die Mittagspause dauert 30 Minuten, länger geht es nicht, und dann gehen wir an die sehr praktischen Fragen des Nachmittags.

[Unterbrechung der Sitzung]

Vorsitzender Siegfried Vergin: Nun, wir beginnen jetzt mit dem zweiten großen Block unserer heutigen Anhörung. Ich darf dazu Herrn Professor Rürup aus Berlin und Herrn Professor Dr. Schäfer aus Bonn begrüßen, die uns einführen werden in die Grundlagen zur praktischen Arbeit, die dann im dritten

Teil behandelt wird. Die Diskussion wird Herr Professor Bernd Faulenbach leiten. Ich darf Sie bitten, Herr Professor Rürup, zu beginnen. Ab jetzt bin ich schweigsam, und Herr Professor Faulenbach wird alles Weitere machen.

Prof. Dr. Reinhard Rürup: Herr Vorsitzender, meine Damen und Herren, es ist in der Bundesrepublik heute erfreulicherweise unstrittig, daß die politische Kultur einer demokratischen Gesellschaft auf ihre historische Dimension nicht verzichten kann. Das gilt ebenso für die negativen wie für die positiven Aspekte der gemeinsamen Geschichte. Es gilt einerseits, das reiche Erbe unserer Geschichte zu bewahren und insbesondere die menschenfreundlichen und freiheitsliebenden Traditionen zu sichern. Und es geht andererseits darum, die Erinnerung an Fehlentwicklungen und Katastrophen, an Leid und Terror wachzuhalten, um möglichen Rückfällen, aber auch einer naiven Selbstgerechtigkeit der Spätergeborenen vorzubeugen. Je größer das Tempo des technischen Fortschritts und der mit ihm verbundenen wirtschaftlichen und sozialen Veränderungen unserer sozialen Lebenswelten ist, desto bedeutsamer wird die Geschichte als ein Gegengewicht und als ein mögliches Korrektiv allzu zukunftsgläubiger Beschleunigungen. Die gesellschaftliche Bedeutung der Geschichte wird daher auf absehbare Zeit mit Sicherheit nicht ab- sondern zunehmen. Im vereinigten Deutschland kommt hinzu, daß die kritische Auseinandersetzung mit der nationalsozialistischen Vergangenheit seit 1990 an Gewicht gewonnen und nicht verloren hat. Die Bundesrepublik würde innen- wie außenpolitisch einen großen Fehler machen, wenn sie diese Auseinandersetzung nicht geradezu demonstrativ fördern würde, wie es ja auch bei einem Teil der KZ-Gedenkstätten, dem Denkmal für die ermordeten Juden und einigen anderen Einrichtungen bereits geschieht.

Ähnliches gilt für die unverzichtbare Auseinandersetzung mit dem Erbe der SED-Herrschaft bzw. der kommunistischen Herrschaft in einem Teil Deutschlands seit 1945. Hier geht es natürlich in erster Linie um Berlin und die neuen Bundesländer, doch handelt es sich ohne Zweifel um eine nationale Aufgabe und nicht um eine regionale Angelegenheit. Ohne die sorgfältige Aufarbeitung auch dieser Geschichte würde der politischen Kultur der Bundesrepublik ein wichtiger Teil ihres Fundaments fehlen. Man mag es deshalb wenden wie man will, unsere demokratische Ordnung braucht Geschichte, und sie braucht nicht zuletzt die mahnende Erinnerung an die Tiefpunkte dieser Geschichte.

Ein zweiter Punkt: Die Erinnerungskultur einer Gesellschaft kennt viele Ausdrucksformen, die Literatur, die bildenden Künste oder die auf historische Ereignisse bezogenen Veranstaltungen und Feste. Vor nicht langer Zeit waren auch noch volkstümliche Lieder oder historische Balladen wichtig. Vieles entsteht spontan, über anderes wird in unterschiedlich geregelten Verfahren entschieden. Ausstellungen und Museen haben seit langem Konjunktur, und die ständig wachsende Anzahl von Besuchern zeigt, daß dieses Angebot auf ein breites Interesse stößt. Die Zahl der Gedenkstätten und zeitgeschichtlichen Erinnerungsorte hat sich in den letzten 15 bis 20 Jahren erheblich vermehrt. Und die Diskussionen über Denkmäler oder über die Benennung oder Umbe-